

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Schimon Peres besuchte das Europäische Parlament



In dieser Woche hat der israelische Präsident und Friedensnobelpreisträger Schimon Peres das Europäische Parlament in Straßburg besucht. „Der Besuch von Schimon Peres zeigt uns Abgeordneten, dass unsere Arbeit in der Welt anerkannt und geschätzt wird“, sagte das Mitglied des Europäischen Parlaments Dr.

Thomas Ulmer (CDU). Während der halbstündigen feierlichen Sitzung zu Ehren von Schimon Peres nutzte dieser seinen Auftritt, um auf die verheerende Lage in Syrien hinzuweisen. Peres forderte die Vereinten Nationen dazu auf, sich für das Eingreifen der Arabischen Liga stark zu machen. Die Arabische Liga ist auf die Unterstützung der Vereinten Nationen angewiesen. „Den Vorschlag von Peres, die Federführung in Syrien mit Unterstützung einer arabischen Blauhelmgruppe der Vereinten Nationen der Arabischen Liga zu überlassen, erachte ich als sinnvoll“, so Ulmer, „es handelt sich hier

um ein kulturell vielseitiges Land. Westliche Gruppen könnten schnell als Bevormundung betrachtet werden, gerade auch, weil ihnen das Wissen um die Kultur und Gepflogenheiten in Syrien fehlt.“ Der EU-Parlamentarier weiter: „Wir dürfen in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen, dass sich daraus eine reale Sicherheitsgefahr für die EU ergibt. Es werden Umwegen von Chemiewaffen in Syrien vermutet. Ich möchte mir nicht ausmalen, was passiert, wenn diese in falsche Hände fallen.“ In seiner Rede ging Peres auch auf die Palästinafrage ein.

EU-Haushalt 2014-2020

Mit einer Dreiviertelmehrheit haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments die politische Verständigung der Staats- und Regierungschefs zum Mehrjahresfinanzrahmen (MFR) in der jetzigen Form abgelehnt und ihre Bedingungen für die anstehenden Verhandlungen zu den Rechtstexten mit der irischen Ratspräsidentschaft definiert.

Der Rat wird aufgefordert, zu allen Punkten der MFR-Verordnung und der institutionellen Vereinbarung umfassende Verhandlungen aufzunehmen.

Die Kernforderungen des Europäischen Parlaments, welches gemäß dem Lissabon-Vertrag seine Zustimmung zu den Rechtstexten geben muss, lauten wie folgt:

- eine rechtlich verpflichtende Revision, die dem kommenden Parlament eine Anpassung des Haushalts ermöglicht;
- allumfassende Flexibilität, u. a. Mittelübertragungen auf die Folgejahre und die Einbehaltung von Überschüssen zur Vermeidung von Zahlungseingängen bedingt durch die knappe Mittelausstattung;
- die Verständigung auf einen Zeitplan für die Reform der Einnahmeseite, d. h. die Abschaffung sämtlicher Rabatte und Korrekturmehrsen sowie die Schaffung neuer Eigenmittel bei entsprechender Verringerung der wirtschaftskraftbasierenden Mitgliedsbeiträge;
- die Wahrung der Einheit des Haushalts zur Gewährleistung der demokratischen

Kontrolle der EU-Ausgabenpolitik;

- die Bezahlung aller offenen Rechnungen aus dem Jahr 2012 verbunden mit einer Verpflichtung der Haushaltsbehörde zur Begleichung sämtlicher Rechnungen aus dem Jahr 2013 zur Verhinderung eines strukturellen Defizits der EU, welches der Vertrag verbietet.

Obwohl der zuständige Allgemeine Rat sein formelles Verhandlungsmandat erst am 23. April verabschieden wird, wird die irische Ratspräsidentschaft noch vor Ostern ihre informellen Gespräche mit dem EP-Verhandlungsteam aufnehmen. Auch die Verhandlungen zu den der Mitentscheidung unterliegenden Mehrjahresprogrammen werden gleichzeitig vorangetrieben.

Sollten die Verhandlungen positiv weitergehen, so ist für Juni oder Juli mit einer Plenarabstimmung zum MFR zu rechnen. Somit wäre noch genug Zeit um ein pünktliches Inkrafttreten zum 01. Januar 2014 zu garantieren. Sollte es bis Januar 2014 zu keiner Einigung kommen, so gilt die inflationsbereinigte Haushaltsgrenze von 2013.

„Um das Demokratiedefizit beseitigen zu können, müssen wir hier zu einer sinnvollen Einigung kommen. Es kann nicht sein, dass die auf dem Europäischen Gipfel erzielten Kompromisse mehr die nationalen Interessen aufzeigen und viele Sonderregelungen erschaffen werden,“ stellte Dr. Thomas Ulmer MdEP nach der Abstimmung fest, „hier muss jetzt eine Lösung aufgezeigt werden, die das gesamteuropäische Interesse in den Vordergrund stellt.“

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU



Nach heftigen Diskussionen – sowohl im Agrarausschuss als auch innerhalb der Fraktion – hat das Europäische Parlament in dieser Woche über die Gemeinsame Agrarpolitik abgestimmt. „Historisch gesehen ist das ein weiterer Schritt, um das Demokratie-defizit in der Europäischen Union abzubauen“, erklärt Dr. Thomas Ulmer MdEP, „denn zum ersten Mal war das Europäische Parlament ein vollwertiger Mitgesetzgeber bei den Verhandlungen über die EU-Agrarpolitik.“

„Ein weiterer Fortschritt ist in meinen Augen, dass wir eine größere Unterstützung für junge Landwirte und kleine Betriebe geschaffen haben. Junglandwirte sollen eine 25-prozentige Zusatzzahlung für bis zu 100 Hektar erhalten. Die Mitgliedstaaten können Kleinlandwirte ebenfalls mit zusätzlichen Mitteln unterstützen. So kann gerade für junge Landwirte ein Anreiz geschaffen und die Schaffung von neuen kleinen Betrieben vorangetrieben werden“, lobte der EU-Parlamentarier.

„Es wurde über viele Knackpunkte in der Agrarpolitik abgestimmt, weshalb die Verhandlungen überaus anstrengend und hart waren“, gewährt Ulmer einen Einblick in die Verhandlungen der letzten Wochen. Ergebnisse sind unter anderem, dass es weiterhin im Sinne des Greenings eine Anbaudiversifizierung geben soll.

Der Erhalt des Dauergrünlands kann auf regionaler Ebene vorgenommen werden und die Staffellungen der ökologischen Vorrangflächen von 3 % auf 5 % im Jahr 2016 und 7 % ab 2018 werden ebenfalls bestätigt. In diesen Bereich fallen auch Dauerweideland sowie die Flächennutzung für Umweltzwecken.

Ein weiteres heißes Eisen, das behandelt wurde, sind die Quoten in der Landwirtschaft.

So wurden Probleme durch das auslaufende System der Milchquote dadurch abgeschwächt, dass Milchbauern, die ihre Produktion freiwillig um mindestens 5 % verringern, über einen Zeitraum von mindestens drei Monaten eine Beihilfe gewährt wird. Die Milchquote wird im Jahr 2015 auslaufen, jedoch wird die Zuckerquote beibehalten.

Auch im Weinsektor soll das derzeitige System der Pflanzungsrechte bis mindestens 2030 beibehalten werden.

Diese umfassenden Beschlüsse müssen nun ausführlich im Rat behandelt werden.

Mehr Schutz für Verbraucher

Das Europäische Parlament verabschiedete aktuell zwei neue Gesetze, die EU-Verbraucher einen leichteren Zugang zu günstiger, schneller und fairer Mediation bei Streitigkeiten mit Händlern über Waren oder Dienstleistungen verschaffen sollen. Langwierige und kostspielige Gerichtsverfahren sollen somit erspart bleiben. Die neuen Regeln für alternative Streitbeilegungsverfahren (Alternative Dispute Resolution, ADR) und Streitbeilegung bei Online-Verkäufen (Online Dispute Resolution, ODR) sollen die Nutzung von ADR-Verfahren in der EU verbessern. Hierdurch werden dem Verbraucher außergerichtliche Lösungen für Beschwerden über Waren oder Dienstleistungen zur Verfügung gestellt, die online oder in einem Laden, im Ausland oder im eigenen Land gekauft wurden. Die Streitigkeiten sollen in höchstens 90 Tagen beigelegt werden, das Verfahren soll vorzugsweise kostenfrei oder gegen eine

Schutzgebühr zugänglich sein. Die Europäische Kommission wird durch die ODR-Verordnung ermächtigt, eine „Online-Plattform“ in allen EU-Sprachen einzurichten, über die Streitigkeiten über online erworbene Güter geklärt werden können. Diese ODR-Plattform wird über das Bürgerportal „Your Europe“ erreichbar sein und benutzerfreundliche Standard-Beschwerdeformulare bereitstellen, welche die Verbraucher ausfüllen können. Die ausgetauschten Informationen müssen im Einklang mit dem Datenschutzrecht der EU verarbeitet werden.

„Das ADR-Verfahren wie auch die ODR-Verordnung fördern nicht nur den grenzüberschreitenden E-Commerce, sondern sind vor allem eine große Sicherheit für die Verbraucher. Käufer und Einkäufer werden in ihren Anliegen gestärkt“, so der Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer.

Besucherguppen im EP in Straßburg



Augusta-Bender-Schule Mosbach



CDU-Senioren-Union Mosbach

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.), Tarunstr. 21,

74821 Mosbach, Telefon 06261.893991 Telefax 06261.893069

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, BNC, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.busse-nahrgang.com

Bildnachweise: Titelbild © Matthias Busse; Foto:Peres © European Union 2013 - EP;

Foto:Plenarsaal © European Union 2013 - EP; Foto: Agrar © European Union 2013 - EP;

Besucherguppen: © Heike Nahrgang

E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu